

## **UNTERRICHTUNG**

**durch die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen  
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR**

**Jahresbericht 2010**

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Seite</b>
1. Einleitung	3
2. Beratung	4
3. Historisch-politische Aufarbeitung	11
4. Zusammenarbeit	14
5. Anhang mit Grafiken und Tabellen	17

## 1. Einleitung

Der Höhepunkt in der Arbeit der Behörde der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR im Jahr 2010 war die erfolgreiche Ausrichtung des 14. Bundeskongresses der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen vom 16. bis 18. April 2010 in Neustrelitz.

Mit dem Inkrafttreten des Vierten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR am 9. Dezember 2010 wurden die Antragsfristen für alle Rehabilitierungsgesetze bis 31.12.2019 verlängert. Die Betroffenen von Einweisungen in Einrichtungen der DDR-Jugendhilfe wie Kinderheime und Jugendwerkhöfe sind in das strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz aufgenommen worden. Daneben sind Regelungen der sogenannten Opferrente präzisiert und verbessert worden.

Bei einer Beratungstour durch neun Städte des Landes und Lübeck suchten über 450 Bürger den Rat der Landesbeauftragten und ihrer Mitarbeiter.

Die Landesbeauftragte M-V hatte die Federführung für die Präsentation der Konferenz der Landesbeauftragten bei der zentralen Feier des 20. Jahrestages der Deutschen Einheit in Bremen.

Durch längere Fehlzeiten von zwei Mitarbeitern verschärfte sich die Arbeitsbelastung und Arbeitsverdichtung für die verbliebenen Mitarbeiter der strukturell mit lediglich vier festen Stellen unterbesetzten Behörde. Entlastung wurde durch eine zeitweilige Umsetzung einer Mitarbeiterin aus dem Bildungsministerium vom 26. Juli bis 31. Dezember erreicht, die administrative und inhaltliche Aufgaben übernahm. Über angeworbene Drittmittel aus der Beratungsoffensive der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur verstärkte vom 07.07.2010 bis 05.08.2010 sowie vom 01.10.2010 bis zum 31.12.2010 jeweils eine freie Mitarbeiterin die Bürgerberatung.

Trotz der Fehlzeiten und der personellen Diskontinuitäten war die Behörde ein gefragter Ansprechpartner für Beratung Suchende sowie erfolgreich in der Umsetzung von Projekten der politischen Bildungsarbeit, bei der Herausgabe vielbeachteter zeitgeschichtlicher Publikationen und bei der Organisation von Veranstaltungen.

Fortgesetzt werden konnte das Projekt „Demokratie auf Achse“ im Auftrag des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung.

## 2. Beratung

Mit ihren Fragen zur Akteneinsicht, zu möglichen Rehabilitierungsverfahren, zur Opferrente oder auch bei allgemeinem Gesprächsbedarf zum Thema DDR-Vergangenheit und Staatssicherheit können die Bürgerinnen und Bürger sich jederzeit an die Geschäftsstelle der Landesbeauftragten in Schwerin wenden. Fester Bestandteil des **Beratungsangebotes** der Landesbeauftragten sind die **monatlichen Beratungstage in Rostock**. Daneben wurden 2010 auf **externen Beratungstagen** über 450 Bürger erreicht: in Wismar, Altentreptow (zusammen mit der Außenstelle Neubrandenburg der Bundesbeauftragten), Stralsund, Bergen, Parchim, Demmin (zusammen mit dem Projekt „Demokratie auf Achse“ - DAA), auf dem Mecklenburg-Vorpommern-Tag in Schwerin (mit DAA), in Güstrow (mit DAA), Lübeck und Greifswald.

Die Länder Sachsen und Niedersachsen brachten im Jahr 2008 über den Bundesrat eine Gesetzesinitiative zur Verbesserung der Regelungen des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes ein. Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern beteiligte sich an dem Gesetzesvorhaben. Justizministerin Eva-Maria Kuder setzte sich insbesondere dafür ein, Schwerverbrecher vom Bezug der Besonderen Zuwendung für Haftopfer (der sogenannten Opferrente) auszuschließen - auch um eine Diskreditierung dieser Ehrenpension für Betroffene zu verhindern.

Am 7. Oktober 2010 wurde das **Vierte Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der DDR** vom Bundestag einstimmig beschlossen. Nach Zustimmung des Bundesrats am 5. November 2010 trat die Novellierung am 9. Dezember 2010 in Kraft.

Wesentliche Veränderungen betreffen die Verlängerung der **Antragsfristen** für alle Rehabilitierungsgesetze (strafrechtlich, verwaltungsrechtlich, beruflich) bis **31.12.2019** sowie Präzisierungen der Regelungen um die Opferrente.

Neu in das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz aufgenommen wurde die **Anordnung einer Unterbringung in einem Heim für Kinder oder Jugendliche** als eine außerhalb eines Strafverfahrens ergangene gerichtliche oder behördliche Entscheidung, mit der eine Freiheitsentziehung angeordnet worden ist, die der politischen Verfolgung oder sonst sachfremden Zwecken gedient hat. Damit wird nun ausdrücklich auch den Betroffenen von rechtsstaatswidrigen **Einweisungen in DDR-Jugendhilfe-Einrichtungen** wie Kinderheime und Jugendwerkhöfe der Weg zur Rehabilitation eröffnet.

Bei der **Opferrente** wird durch die oben erwähnte Novellierung das Kriterium der rehabilitierten Mindesthaftzeit präzisiert: Statt 6 Monate sind dafür nun 180 Tage zu Unrecht anerkannte Haft notwendig. Bei der Bedürftigkeitsprüfung können jetzt das Kindergeld, Kinderfreibeträge sowie angemessene Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung vom Einkommen abgesetzt werden. Die Regelung zur vorläufigen Einkommensfestsetzung erleichtert den Umgang mit Monatseinkommen in unterschiedlicher Höhe. Abgeschafft wird die turnusmäßige Einkommensüberprüfung. Für die Opferrente wird eine Härtefallregelung entsprechend der für die Kapitalentschädigung eingeführt. Vom Bezug der Opferrente ausgeschlossen werden Personen, die wegen einer vorsätzlichen Straftat zu einer Freiheitsstrafe von mindestens 3 Jahren rechtskräftig verurteilt sind.

Die Landesbeauftragte hatte sich mit der **Bitte an das Justizministerium** gewandt zu prüfen, wie die Betroffenen, deren Antrag zuvor abgelehnt werden musste und die nun aufgrund der Neuregelungen zum Kreis der Anspruchsberechtigten gehören, schnell und unbürokratisch zu ihrem Recht kommen können. Eine zweite Bitte betraf den Umgang mit einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs. Der Bundesgerichtshof hatte im August 2010 entschieden, dass die Opferrente auch dann ab dem auf die Antragstellung folgenden Monat auszuzahlen ist, wenn der Antrag gestellt wird, bevor eine rechtskräftige gerichtliche Rehabilitierungsentscheidung vorliegt.<sup>1</sup> Auch hier bat die Landesbeauftragte um eine Prüfung, ob durch diesen Beschluss für in Frage kommende Antragsteller eine Nachzahlung der Besonderen Zuwendung möglich wird.

Leider konnten durch die Novellierung wesentliche **Anregungen der Konferenz der Landesbeauftragten** nicht durchgesetzt werden. Dazu zählt die Forderung nach einer generellen Entfristung der Rehabilitierungsgesetze. Durch den Verzicht auf die Bedürftigkeitsprüfung hätte die Opferrente in den Rang einer Ehrenrente erhoben werden können. Gefordert worden war auch ein flexiblerer Umgang mit dem Kriterium der Mindesthaftzeit.

Weitere **Forderungen der Konferenz** betrafen Änderungen im Beruflichen und Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz sowie im Bundesversorgungsgesetz.

So wurde die Erhöhung der Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz auf einheitlich 200 Euro gefordert. Opfergruppen, die bisher keine Ansprüche auf Leistungen nach den Rehabilitierungsgesetzen haben, wie Verfolgte Schüler, Zwangsausgesiedelte und Opfer von mindestens zweijährigen Zersetzungsmaßnahmen des MfS sowohl in der DDR, als auch in der Bundesrepublik sollte der Zugang zu diesen Ausgleichsleistungen gewährt werden.

Für Verfolgte der SED-Diktatur sollten im Bundesversorgungsgesetz durch Beweiserleichterungen die Anerkennungsverfahren bei gesundheitlichen Folgeschäden politischer Verfolgung verbessert werden (sog. Bautzen-Beweis).

Auch 2010 wandten sich wieder viele **Betroffene von Einweisungen in DDR-Jugendhilfeeinrichtungen** an die Landesbeauftragte. Die Bürgerberatung ist dabei oftmals der erste Ansprechpartner, dem sich die Betroffenen mit ihren Fragen und Problemen anvertrauen. Die Erörterung von Fragen einer möglichen Rehabilitierung ist oft Anlass des Beratungsgesprächs. Viele Betroffene wollen sich auch Klarheit verschaffen über die Umstände ihrer Einweisung und Unterbringung in den DDR-Jugendhilfeeinrichtungen. Neben dem Antrag auf Akteneinsicht in die Stasi-Unterlagen sind dazu vor allem Recherchen nach den Jugendamtsakten mit dem Einweisungsbeschluss notwendig. Dabei werden in der Beratung Ansprechpartner und Kontakte benannt bei den in Frage kommenden Jugendämtern und Archiven. Viele Betroffene berichten über körperliche und psychische Misshandlungen vor allem in Spezialkinderheimen, Durchgangsheimen und Jugendwerkhöfen. Viele leiden heute noch an den Folgen der Unterbringung, sind psychisch krank und bekommen Erwerbsunfähigkeitsrente. Die Landesbeauftragte verweist auch an psycho-soziale Berater, die den Betroffenen Wege zu einer Therapie aufzeigen können.

---

<sup>1</sup> BGH, 4 StR 254/10.

Auslöser der Debatte um die DDR-Heimkinder war ein **Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 13. Mai 2009**.<sup>2</sup> Viele Betroffene interpretierten in diesen Beschluss fälschlicherweise die Hoffnung, es würden nun pauschal alle ehemaligen Heimkinder und Insassen von Jugendwerkhöfen entschädigt. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat jedoch lediglich den Beschluss des Oberlandesgerichts (OLG) Naumburg aufgehoben und die Sache zur erneuten Entscheidung an das OLG zurückverwiesen. Das BVerfG beanstandete die enge Auslegung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes durch das OLG, es seien nur Maßnahmen rehabilitierungsfähig, die durch eine strafrechtlich relevante Tat veranlasst worden seien. Auch außerhalb eines Strafverfahrens angeordnete Freiheitsentziehungen seien rehabilitierbar. Dies wird wie weiter oben ausgeführt auch in der jüngsten Novellierung deutlich.

Wer in der DDR in ein Kinderheim oder in einen Jugendwerkhof eingewiesen wurde, kann mit seinem Antrag auf strafrechtliche Rehabilitierung an das zuständige Landgericht prüfen lassen, ob die Einweisung „mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar“ gewesen ist. Dies wird insbesondere dann der Fall sein, wenn die Anordnung der Heimerziehung „der politischen Verfolgung oder sachfremden Zwecken gedient“ hat oder „die angeordneten Rechtsfolgen in grobem Missverhältnis zu der zu Grunde liegenden Tat stehen“.<sup>3</sup> Rehabilitiert wird also nur anhand der Prüfung der Einweisungsgründe: Waren die Gründe politisch, sachfremd oder unverhältnismäßig? Sachfremde Gründe wären beispielsweise eine Einweisung aufgrund einer Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung (ADHS) oder Lese-Rechtschreib-Schwäche. Wer mit seiner Rehabilitierung erfolgreich ist, dem stehen Entschädigungsleistungen zu wie Kapitalentschädigung, Opferrente oder Unterstützungsleistungen durch die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge. Es gibt leider nach wie vor keine Regelungen, um die Betroffenen bei der gesellschaftlichen Teilhabe und der Rückkehr in ein „normales“ Leben zu unterstützen und **keine Entschädigung für die Zustände und die Unterbringung in den DDR-Jugendhilfe-Einrichtungen**.

Unübersichtlich wird der Themenkomplex durch die Verquickung mit der Debatte um Heime im Westen und eine Entschädigungsregelung (Runder Tisch Heimerziehung) sowie über Misshandlungen und sexuellen Missbrauch (Runder Tisch Sexueller Kindesmissbrauch).

Der **Runde Tisch Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren** entstand auf Empfehlung des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages in seiner Sitzung am 26. November 2008 zur Petition die Situation von Kindern und Jugendlichen in den Jahren 1949 bis 1975 in der Bundesrepublik Deutschland in verschiedenen öffentlichen Erziehungsheimen betreffend.<sup>4</sup> Es erfolgt darin eine klare Abgrenzung: „Die **Situation von Heimkindern in Heimen der ehemaligen DDR** wird aufgrund des unterschiedlichen Gesellschaftssystems, der daraus entwickelten Aufgabenstellung der Heime und der Pädagogik in den Heimen, **hier nicht behandelt**.“ Der Runde Tisch konstituierte sich am 17. Februar 2009 und legte am 13. Dezember 2010 seinen Abschlussbericht vor. Darin wird u.a. eine Rehabilitierung für die gesamte Betroffenengruppe durch Anerkennung des Unrechts gefordert, finanzielle Maßnahmen zugunsten einzelner Betroffener, die Förderung der wissenschaftlichen Aufarbeitung und präventive Maßnahmen zur Wahrung der Rechte heutiger Heimkinder.<sup>5</sup>

<sup>2</sup> BVerfG, 2 BvR 718/08 vom 13.5.2009, Absatz-Nr. (1 - 28),  
[http://www.bverfg.de/entscheidungen/rk20090513\\_2bvr071808.html](http://www.bverfg.de/entscheidungen/rk20090513_2bvr071808.html).

<sup>3</sup> Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz - StrRehaG §§ 1, 2.

<sup>4</sup> [http://www.rundertisch-heimerziehung.de/download/Empfehlung\\_Petitionsausschuss.pdf](http://www.rundertisch-heimerziehung.de/download/Empfehlung_Petitionsausschuss.pdf).

<sup>5</sup> [http://www.rundertisch-heimerziehung.de/documents/RTH\\_Abschlussbericht\\_000.pdf](http://www.rundertisch-heimerziehung.de/documents/RTH_Abschlussbericht_000.pdf).

Der **Runde Tisch „Sexueller Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich“** entstand am 24. März 2010 auf Beschluss der Bundesregierung. Gleichzeitig wurde die **Unabhängige Beauftragte zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs** berufen.<sup>6</sup> Der Runde Tisch beschäftigt sich u.a. mit „unterschiedlichen Fragen der rechtlichen Aufarbeitung der in der Vergangenheit aufgetretenen Missbrauchsfälle und möglicher rechtspolitischer Folgerungen und der Sicherung des staatlichen Strafanspruches“<sup>7</sup>. Am 29. November 2010 informierten sich die Bundesministerinnen Leutheusser-Schnarrenberger und Schröder als Mitglieder des Runden Tisches in der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau über Fälle sexuellen Missbrauchs in den Jugendwerkhöfen in der DDR und sprachen mit Betroffenen. Am 1. Dezember 2010 wurde ein Zwischenbericht vorgelegt, der den Diskussionsstand der verschiedenen Arbeitsgruppen wiedergibt. Der Schwerpunkt wird dabei auf den Missbrauchsschutz gesetzt.<sup>8</sup>

Anfang Juni 2010 hat sich in Thüringen auf Anregung der Sozialministerin Taubert parallel zum Runden Tisch der **„Arbeitskreis Misshandlung/Missbrauch in ehemaligen DDR-Kinderheimen und Jugendwerkhöfen“** konstituiert. Den Vorsitz des Arbeitskreises hat der ehemalige Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt Reinhard Höppner übernommen. Zwei Arbeitsgruppen befassen sich mit den Themen Aufarbeitung und Prävention. Die Thüringer Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen ist in das Gremium eingebunden.

Einweisungen in den **Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau** werden seit einer Berufungsentscheidung Ende 2004 unabhängig von den Einweisungsgründen immer rehabilitiert. Nach Würdigung der Umstände der Einweisung und Unterbringung sei festzustellen, so das Kammergericht Berlin, dass „die Menschenrechte der betroffenen Jugendlichen regelmäßig schwerwiegend verletzt“ worden seien<sup>9</sup>.

**Die Landesbeauftragte fordert für die Betroffenen von Einweisungen in Kinderheime und Jugendwerkhöfe** der ehemaligen DDR folgende Maßnahmen und Angebote:

- eine niedrigschwellige Erstberatung mit Verweis auf:
  - psychische Beratung und Therapie,
  - soziale Beratung,
  - juristische Beratung zur Klärung strafrechtlicher Relevanz von Misshandlungen und möglicher zivilrechtlicher Ansprüche,
  - Beratung zu Aufarbeitung und Recherchen,
  - Beratung zu Rehabilitierungsmöglichkeiten
- die fundierte wissenschaftliche Untersuchung zu System und Praxis der DDR-Jugendhilfe
- die Aufklärung der Öffentlichkeit und eine breite gesellschaftliche Diskussion, um der vorherrschenden Stigmatisierung entgegenzuwirken
- spezielle Therapieangebote mit entsprechender Finanzierung
- Hilfen zur beruflichen Integration
- Entschädigungsregelungen mit flexibleren Kriterien wegen der Nachweisprobleme
- Verlängerung der Verjährungsfrist von Sexualstraftaten an Minderjährigen.

<sup>6</sup> [www.beauftragte-missbrauch.de](http://www.beauftragte-missbrauch.de).

<sup>7</sup> [www.rundertisch-kindesmissbrauch.de/ziele\\_aufgaben.htm](http://www.rundertisch-kindesmissbrauch.de/ziele_aufgaben.htm).

<sup>8</sup> [http://www.rundertisch-kindesmissbrauch.de/documents/Zwischenbericht\\_RTKM\\_fBand1\\_000.pdf](http://www.rundertisch-kindesmissbrauch.de/documents/Zwischenbericht_RTKM_fBand1_000.pdf).

<sup>9</sup> [www.gerichtsentscheidungen.berlin-brandenburg.de/jportal/?quelle=jlink&docid=KORE565582005&psml=sammlung.psml&max=true&bs=10](http://www.gerichtsentscheidungen.berlin-brandenburg.de/jportal/?quelle=jlink&docid=KORE565582005&psml=sammlung.psml&max=true&bs=10).

Im Berichtsjahr 2010 gab es eine nur geringfügig gesunkene **Zahl von Beratungsanfragen** an die Bürgerberatung der Landesbeauftragten von 1.210 Anfragen gegenüber dem Vorjahr mit 1.402 Anfragen. Dabei ist die Zahl der 1.026 neuen Anfragen 2010 gegenüber dem Vorjahr mit 1.101 nahezu gleich hoch geblieben. Zu berücksichtigen ist bei allen Zahlen die Besonderheit des Jahres 2009 mit seiner medialen Dauerpräsenz zum Jahrestag der Friedlichen Revolution, die einen überproportionalen Anstieg des Interesses in jeglicher Hinsicht beförderte.

Unter den neuen Anfragen betrafen 807 Anträge auf Akteneinsicht bei der Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes. 219 Bürger wurden zu Rehabilitierungsverfahren, zu Fragen der Opferrente und persönlichen Konfliktsituationen beraten. Darunter waren 65 Betroffene von Einweisungen in Kinderheime und Jugendwerkhöfe.

184 Personen wandten sich wiederholt an die Landesbeauftragte, darunter etliche Bürgerinnen und Bürger, die schon seit Jahren betreut werden. Hier ist gegenüber dem Vorjahr mit 301 längerfristigen Beratungsfällen ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Vermutlich besteht ein Zusammenhang damit, dass die Opferrente als Leistung gegriffen hat (siehe Grafik 1).

Uneinheitlich zeigt sich die Tendenz der **Antragszahlen** in den drei **Außenstellen** der Behörde der **Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern** (Tabelle 1). Während die Außenstellen in Rostock und Neubrandenburg erhebliche Rückgänge zum besonderen Vorjahr 2009 um 18 bzw. 33 Prozent zu verzeichnen hatten, stieg die Zahl der Anträge in der Außenstelle Schwerin um 8 Prozent.

Nach erfolgter Einsicht in die Stasi-Unterlagen besteht für die Antragsteller die Möglichkeit, eine **Decknamenentschlüsselung** zu beantragen, um die tatsächlichen Namen der in den Stasi-Akten benannten inoffiziellen Mitarbeiter (IM) herauszufinden. In der Außenstelle Schwerin der Bundesbeauftragten wurden im Berichtsjahr 706 Anträge auf Decknamenentschlüsselung gestellt, in Rostock 469 und in Neubrandenburg 274.

Von Januar bis Dezember 2010 wurden beim Referat **Rehabilitierung und Wiedergutmachung** im Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern 114 Anträge auf Zahlung der Kapitalentschädigung für zu Unrecht erlittene Haft nach erfolgter strafrechtlicher Rehabilitierung sowie 260 Anträge auf Berufliche oder Verwaltungsrechtliche Rehabilitierung gestellt.

Insgesamt sind seit Inkrafttreten des Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes 1992 bis Ende 2009 in M-V 12.075 Anträge auf Zahlung der **Kapitalentschädigung** nach erfolgter strafrechtlicher Rehabilitierung gestellt worden.

Nach dem Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz sind seit Inkrafttreten 1994 in M-V insgesamt 17.338 Anträge gestellt worden, davon 12.092 auf **Berufliche Rehabilitierung** und 5.246 auf **Verwaltungsrechtliche Rehabilitierung**. Bis Dezember 2010 wurden insgesamt 12.058 Bescheide erteilt, darunter waren 7.255 Bewilligungen (darin enthalten 1.605 Teilablehnungen). 4.789 Anträge wurden abgelehnt. Ende 2010 waren im Referat Rehabilitierung und Wiedergutmachung 316 Anträge nach dem Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz noch nicht abschließend bearbeitet.



Im Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern sind seit 2007 insgesamt 5.843 Anträge auf Gewährung der Besonderen Zuwendung für Haftopfer (sogenannte **Opferrente**) nach § 17a des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes eingegangen. Im Berichtszeitraum 2010 wurden insgesamt 271 neue Anträge eingereicht. Von 2007 bis zum 31.12.2010 wurde für insgesamt 4.260 Antragsteller die Zuwendung in voller Höhe von 250 Euro bzw. teilweise bewilligt. Abgelehnt wurden seit 2007 insgesamt 615 Anträge, davon 212 wegen Unterschreitung der Mindesthaftdauer, 61 wegen Überschreitung der Einkommensgrenze und 98 wegen Ausschließungsgründen.

Ehemalige politische Häftlinge, die strafrechtlich rehabilitiert wurden oder eine Anerkennung nach dem Häftlingshilfegesetz haben, die aber wegen einer zu kurzen Haftdauer von unter 6 Monaten nicht die sogenannte Opferrente bekommen, können bei der Bonner **Stiftung für ehemalige politische Häftlinge Unterstützungsleistungen** beantragen (Tabellen 2 und 3).

Bis Ende Dezember 2010 lagen bei der zuständigen Abteilung Soziales im Versorgungsamt Neubrandenburg des Landesamtes für Gesundheit und Versorgung Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 859 Anträge auf **Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden** vor. In lediglich 99 Fällen erfolgte eine Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden von über 25 % Grad der Schädigungsfolgen als Voraussetzung für die Gewährung von Versorgungsleistungen wie der Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz.

Die **niedrige Quote der Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden** steht im Widerspruch zu den in der Beratungsarbeit gemachten Erfahrungen der Landesbeauftragten. Die Landesbeauftragte fordert eine Vereinfachung des Anerkennungsverfahrens und eine Änderung der gesetzlichen Regelungen: die Umkehr der Beweislast und die Anwendung der Regelung des Bundesentschädigungsgesetzes mit der Tatsachenvermutung, dass politische Haft in der DDR von mindestens einem Jahr zu einem Grad der Schädigungsfolgen von über 25 % geführt hat (sog. „Bautzen-Beweis“). Insbesondere der **lange Verfahrensweg** von mehreren Jahren mit Widerspruchsverfahren und Auseinandersetzungen über die Instanzen der Sozialgerichtsbarkeit ist für die Antragsteller sehr belastend. Hier besteht gerade für Betroffene, die aufgrund ihrer Repressionserfahrungen unter Posttraumatischen Belastungsstörungen leiden, die **Gefahr der Retraumatisierung**. Die Landesbeauftragte fordert die Einhaltung von fachlichen Standards bei der Benennung von Gutachtern durch das Versorgungsamt. Insbesondere bei der Begutachtung von Traumatisierten sollten die Gutachter neben ihrer fachlichen Expertise als Psychologe, Psychiater, Facharzt für Neurologie und Psychiatrie auch Kenntnisse des neueren Forschungsstands der Traumalogie sowie der Repressionspraktiken in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR aufweisen.

Mit Gesprächsbedarf zu **Fragen der Überprüfungen** oder mit Anfragen zu **Akteneinsichtsverfahren** wandten sich im Berichtszeitraum verschiedene **öffentliche und nichtöffentliche Stellen** an die Landesbeauftragte, darunter Kommunalvertretungen, Kirchengemeinden und Vereine. Fragen waren insbesondere

1. die Möglichkeiten der Überprüfung nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz,
2. die Verfahrensweise der Überprüfungen und der Umgang mit den Überprüfungsbescheiden,
3. die Bewertung aufgefundener Unterlagen und die daraus folgenden Konsequenzen sowie
4. die Archivierung der Unterlagen bzw. der Umgang mit den Unterlagen nach Erledigung der Überprüfungen.

**Fallbeispiel Frau A. (Name geändert)**

*Am Beispiel von Frau A. kristallisieren sich **mehrere Probleme, die bei der Umsetzung des Rehabilitierungsrechts aufgeworfen werden.***

*Für Frau A. wird als 16-jährige auf Antrag ihrer Schule von einem Jugendhilfeausschuss die Heimerziehung angeordnet. Begründet wird die Einweisung mit dem Leistungsabfall in der Schule, unentschuldigtem Fehltagen und einer Gesundheitsgefährdung durch den Konsum von Rauschmitteln. Hervorgehoben wird im Einweisungsbeschluss auch die Zugehörigkeit zu einer Gruppe mit zu Extremen neigender Ideologie und Äußerem („schwarze Kleidung und auffällige Haarfrisuren“), mit einer als „asozial und perspektivlos“ bezeichneten Lebensweise. Die Stasi ordnet Frau A. auf einer der Personenkontrolle dienenden Kartei einer Gruppierung zu, deren Aktivitäten von der Stasi als politisch-ideologische Diversion bewertet werden, den Gruftis. Bekannt geworden ist in diesem Zusammenhang u.a. ein Befehl von Mielke an das MfS, gegen Angehörige subversiver Jugendkulturen wie Punks mit aller Härte vorzugehen und deren Gruppierungen zu zerschlagen.<sup>10</sup>*

*Das Referat Jugendhilfe verfügt auf den Beschluss des Jugendhilfeausschusses die Einweisung von Frau A. in einen Jugendwerkhof mit der Möglichkeit, eine hauswirtschaftliche Teilausbildung zu absolvieren.*

*Frau A. erträgt den Drill, die starre Heimordnung, die politisch-ideologischen Umerziehungsversuche nur schwer und ergreift zweimal die Gelegenheit, um aus dem Jugendwerkhof zu entweichen. Nachdem sie aufgegriffen wird, erfolgt jeweils zur Disziplinierung die Einweisung in den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau.*

*Frau A. leidet heute immer noch unter den psychischen Folgen der Unterbringung im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau u. a. mit tagelangem Dunkelarrest, Isolation, Strafsport, körperlicher Misshandlung.*

*Ein Ermittlungsverfahren auf ihre Strafanzeige von 1992 gegen einen Heimerzieher u. a. wegen Körperverletzung, Freiheitsberaubung und unterlassener Hilfeleistung wird 1996 eingestellt, da sich keine „strafrechtlich relevanten hinreichenden Verdachtsmomente“ ergeben hätten. Frau A. hat die erheblichen Anwaltskosten zu tragen. 1995 wird ein Rehabilitierungsantrag von Frau A. hinsichtlich der Heimeinweisung zurückgewiesen.*

*Im Dezember 2004 hält das Kammergericht Berlin es nicht mehr für gerechtfertigt, „bei der Unterbringung von Jugendlichen im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau die Entscheidung über die Rehabilitierung von den Gründen abhängig zu machen, die zu der Einweisung geführt haben. Vielmehr ergibt eine Würdigung der Umstände, unter denen die Einweisungen vorgenommen und die Unterbringung durchgeführt wurden, dass hierbei die Menschenrechte der betroffenen Jugendlichen regelmäßig schwerwiegend verletzt wurden. Deshalb waren die Einweisungen unabhängig von den Gründen für die Anordnung regelmäßig mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar.“<sup>11</sup>*

*Ende 2009 wendet sich Frau A. an die Bürgerberatung der Landesbeauftragten. Das Landgericht Berlin rehabilitiert Frau A. auf ihren erneuten Antrag im Oktober 2010 für knapp 6 Monate Unterbringung in Torgau. Die Kapitalentschädigung für die anerkannte rechtsstaatswidrige Freiheitsentziehung wird wegen der zweimaligen Einweisung nach Torgau für insgesamt 7 Monate ausbezahlt, da hier auch die angefangenen Monate zählen. Da Frau A. aber nicht auf insgesamt 180 Tage Freiheitsentziehung kommt, kann sie keinen Antrag auf die Besondere Zuwendung für Haftopfer (Opferrente) stellen, sondern lediglich auf Unterstützungsleistungen bei der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge.*

<sup>10</sup> Vgl. z.B. Galenza, Ronald; Havemeister, Heinz (Hg.): „Wir wollen immer artig sein .... Punk, New Wave, HipHop und Independent-Szene in der DDR von 1980 bis 1990.“ Berlin. 1999, S. 51-61; S. 72-93.

<sup>11</sup> [www.gerichtsentscheidungen.berlin-brandenburg.de/jportal/?quelle=jlink&docid=KORE565582005&psml=sammlung.psml&max=true&bs=10](http://www.gerichtsentscheidungen.berlin-brandenburg.de/jportal/?quelle=jlink&docid=KORE565582005&psml=sammlung.psml&max=true&bs=10).

*Frau A. leidet seit ihrer Entlassung aus dem Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau Ende 1989 unter Angst- und Ernährungsstörungen, Erstickungsanfällen und Depressionen. Ihr fällt es schwer, sich in geschlossenen Räumen aufzuhalten. Seit einer stationären Behandlung aufgrund akuter Beschwerden 1996 befindet sich Frau A. in regelmäßiger ambulanter psychischer Therapie.*

*Wegen ihrer Gesundheitsprobleme und aufgrund der mangelnden beruflichen Qualifikation durch die Teilberufsausbildung als Wirtschaftshilfe im Jugendwerkhof hat Frau A. keine Chancen auf einen Arbeitsplatz.*

*Im Umgang mit Behörden und Mitbürgern spürt Frau A. Vorurteile und Vorbehalte wegen ihrer Vergangenheit als Insasse eines Jugendwerkhofs.*

In der öffentlichen Meinung herrscht immer noch die Ansicht vor, es müsse triftige Gründe für die Einweisung gegeben haben.

Um diese Stigmatisierung aufzuheben, bedarf es einer breiten öffentlichen Aufklärung und weiterer Forschungen. Für die Betroffenen selbst müssten ausreichend finanzierte spezielle Therapieangebote geschaffen und besondere Anstrengungen für eine berufliche Integration unternommen werden.

### 3. Historisch-politische Aufarbeitung

Die Landesbeauftragte nutzte für das Aufgabenfeld der historisch-politischen Aufarbeitung **Wanderausstellungen** zu folgenden Themen: „Aufbruch im Norden. Die friedliche Revolution in Mecklenburg und Vorpommern 1989/90“, „Heile Welt der Diktatur? Herrschaft und Alltag in der DDR“, „Verurteilt am Demmlerplatz - Sowjetische Militärtribunale in Mecklenburg und Vorpommern“ sowie die Ausstellungen „17. Juni 1953 in Mecklenburg und Vorpommern“ und „Kommunistische Repression und Volksaufstände in Polen und der DDR in den 1950er Jahren“.

Dank der Zusammenarbeit mit der Hansestadt Stralsund, dem Kreisdiakonischen Werk Stralsund e. V. als Träger der Jakobikirche sowie der Interessengemeinschaft unter Herrn Thomas Nitz hat die **Ausstellung zum 17. Juni 1953 in M-V** seit dem 17. Juni 2010 in der **Stralsunder Kulturkirche St. Jakobi** ein neues festes Domizil finden können.

Eine zweite Ausführung der Ausstellung „17. Juni 1953 in Mecklenburg und Vorpommern“ wurde vom 19.04.2010 bis 26.05.2010 im Amtsgebäude des Amtes Niepars gezeigt.

Bei den zahlreichen im Zusammenhang mit den Ausstellungen durchgeführten Veranstaltungen wurde neben der Präsentation der Ausstellung jeweils auch eine Einführung in das Thema gegeben und eine Diskussion angeregt (siehe Tabellen 4-5).

Eine Übersicht über die **Veranstaltungen** der Landesbeauftragten im Rahmen der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit und der politischen Bildung wird in Tabelle 6 gegeben.

Das Projekt „**Demokratie auf Achse**“ der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und der Landeszentrale für politische Bildung im Auftrag des Bildungsministeriums wurde im Jahr 2010 von vielen Bildungseinrichtungen angefragt. Insbesondere mit dem neu eingeführten Planspiel „Akronia“ über die Etablierung einer Diktatur in einem fiktiven Land gelang es dem Team, den Jugendlichen die Bedeutung von Demokratie und Diktatur anschaulich zu machen. Neben der Gestaltung von Projektunterricht stellt sich der Bildungsbus auf öffentlichen Plätzen zum Gespräch, präsentiert Materialien und Literatur und nimmt auch Anträge auf Akteneinsicht in die Stasi-Unterlagen entgegen.

Das Projekt wirkt als rollende Außenstelle der Landesbeauftragten und der Landeszentrale für politische Bildung in die Fläche des Landes. Auch überregional fand das Projekt Interessenten. In Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen absolvierte das Team eine Tour an der Ostsee (siehe Tabellen 7-9).

Unter der Leitung und Verantwortung der Landesbeauftragten von Mecklenburg-Vorpommern fand vom 16. bis 18. April 2010 der **14. Bundeskongress** der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Neustrelitz statt. 160 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet tagten im Gymnasium Carolinum unter dem Leitmotiv: „20 Jahre Deutsche Einheit - Diktaturfolgen als bleibende Herausforderung“.

Schwerpunkt des diesjährigen Treffens waren die Begegnung und der Dialog zwischen den Zeitzeugen und der jungen Generation. Dazu präsentierten zahlreiche Schülergruppen aus M-V ihre Projekte zur Auseinandersetzung mit der jüngeren Geschichte. Prof. Dr. Klaus Schroeder vom Forschungsverbund SED-Staat der FU Berlin wies in seinem Vortrag auf die besondere Verantwortung von Schulen und Gedenkstätten in den neuen Bundesländern bei der Vermittlung von DDR-Geschichte hin. Das Team des Bildungsbusses: „Demokratie auf Achse“ stellte sein neues Planspiel „Akronia“ vor, mit dem Jugendlichen die Mechanismen und Strukturen moderner Diktaturen erlebbar gemacht werden. Am Abend erlebten die Teilnehmer im Schauspielhaus Neubrandenburg das beeindruckende Dokumentarstück: „Staats-Sicherheiten“. Der politischen Repression in den Ostblockstaaten widmete sich der Schriftsteller Richard Wagner in seinem eindrücklichen Vortrag am Sonntag. Im anschließenden Podium unter der Teilnahme des Präsidenten der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus, Herrn Jure Knezović, wurde die Ausrufung des europaweiten „Gedenktages für die Opfer autoritärer und totalitärer Regime“ jährlich am 23. August begrüßt und eine Resolution des Kongresses zur praktischen Umsetzung in Deutschland angeregt.

Die Tagung endete mit einer Gedenkveranstaltung an der ehemaligen Stasi-Untersuchungshaftanstalt in der Neustrelitzer Töpferstraße.

Das **VIII. Häftlingstreffen** vom 26. bis 28. September in **Bützow** stand 2010 unter dem Motto „Zeugen und Zeugnisse des Unrechts in der DDR“. Vergangenheit lässt sich beispielsweise über die Erinnerungen von Zeitzeugen oder die materiellen Hinterlassenschaften rekonstruieren - beide Arten von Quellen müssen bewahrt und erschlossen werden. Die Dokumentation von Erinnerung hat in den vergangenen Jahren viele Fortschritte gemacht - einige wurden auf diesem Treffen vorgestellt.

Zu Beginn der Tagung diskutierten die Teilnehmer u.a. mit Schülern, wie die Zukunft des Häftlingstreffens aussehen könnte. In verschiedenen Vorträgen wurde untersucht, wie man mit Vergangenheit gegenwärtig und künftig umgehen soll. Die Frage, wie wir uns dem bewusst stellen und so den Blick auf Gefährdungen der Demokratie schärfen, stand dabei im Mittelpunkt.

In diesem Jahr konnte der Landesbischof der evangelisch-lutherischen Landeskirche Mecklenburgs, Dr. Andreas von Maltzahn, für eine Gedenkrede an die politischen Häftlinge während der DDR in den Bützower Gefängnissen gewonnen werden.

Erstmals fanden einige Veranstaltungen im Gymnasium statt, um Jugendliche direkt in das Programm mit einzubeziehen. Dort wurden die Projekte vorgestellt, die Schüler im vergangenen Jahr realisierten. Sie beschäftigten sich monatelang intensiv mit der DDR-Vergangenheit der Stadt Bützow und hatten nun Gelegenheit, mit den Zeitzeugen des Treffens ins Gespräch zu kommen.

Die Landesbeauftragte M-V hatte die Federführung für die Präsentation der Konferenz der Landesbeauftragten bei der **zentralen Feier des 20. Jahrestages der Deutschen Einheit in Bremen**. Es wurden viele Beratungsgespräche geführt, 145 Teilnehmer beteiligten sich an einem Quiz zu Fragen der Zeitgeschichte der DDR und der Stasi, 53 Besucher stellten einen Antrag auf Akteneinsicht in die Stasi-Unterlagen. Mit großem Interesse wurde auch die Ausstellung „Aufbruch im Norden. Die Friedliche Revolution in Mecklenburg-Vorpommern 1989/90“ der Landesbeauftragten M-V aufgenommen.

Die Konferenz der Landesbeauftragten veranstaltete am 19. April 2010 in Berlin die **Fachtagung „50 Jahre Zwangskollektivierung der Landwirtschaft in Ostdeutschland**. Die Folgen der kommunistischen Agrarpolitik als eine aktuelle Herausforderung.“ Dabei wurden auch die bis in die Gegenwart wirkenden Konsequenzen der faktischen Enteignung von etwa 850 000 bäuerlichen Familienbetrieben für die ländlichen Räume Ostdeutschlands in den Blick genommen.

Am 17. November 2010 wurde von der Konferenz der Landesbeauftragten in Erfurt der **Kongress „zu bedingungsloser Unterwerfung unter die staatliche Autorität gezwungen‘ DDR-Kinderheime und ihre Folgen für die Kinder und Jugendlichen“** ausgerichtet. Dabei wurden erste Ergebnisse einer Befragung von Betroffenen präsentiert. Dr. Christian Sachse referierte seine Erkenntnisse zum System der DDR-Heimerziehung, die er bei seiner Studie im Auftrag der Landesbeauftragten M-V erarbeitet hat. Eine weitere Forschungsarbeit wurde vorgestellt, die sich mit dem Einfluss des MfS auf die Arbeit der Jugendhilfeausschüsse beschäftigt. Neben Beispielen aus der Beratungspraxis wurde über gesundheitliche Folgeschäden und Parallelen mit dem Heimsystem im Westen referiert. Im abschließenden Podium wurden Fragen nach Anerkennung und Entschädigung diskutiert.

Im Vorfeld dieser bundesweit ersten Fachtagung zum Thema der DDR-Jugendhilfe hatte sich bereits im Juni 2010 in Thüringen der „Arbeitskreis Misshandlung/Missbrauch in ehemaligen DDR-Kinderheimen und Jugendwerkhöfen“ konstituiert. Seit Herbst 2010 erforschen Historiker und Soziologen von der Friedrich-Schiller-Universität Jena die soziale Lage ehemaliger DDR-Heimkinder in Thüringen. Am 13. November 2010 bekannten sich die Abgeordneten des Thüringer Landtags einstimmig zu einer EntschlieÙung, in der es heißt: „Der Thüringer Landtag sieht und erkennt erlittenes Unrecht und Leid an, das Kindern und Jugendlichen in verschiedenen Kinder- und Erziehungsheimen zwischen 1945 und 1989 widerfahren ist, und bedauert dies zutiefst. Auch in Thüringen waren Kinder und Jugendliche - insbesondere in den damaligen Jugendwerkhöfen und Spezialheimen - von Misshandlungen betroffen.“<sup>12</sup>

---

<sup>12</sup> Thüringer Landtag, Drucksache 5/1843,  
[www.parldok.thueringen.de/parldok/tcl/PDDocView.tcl?mode=show&dokid=39323&page=0](http://www.parldok.thueringen.de/parldok/tcl/PDDocView.tcl?mode=show&dokid=39323&page=0).

#### 4. Zusammenarbeit

Die **Konferenz der Landesbeauftragten** beriet auch 2010 monatlich. Die Konferenz erarbeitete konkrete Vorschläge zur **Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze** und des Bundesversorgungsgesetzes (siehe dazu unter 2.).

Die Konferenz unterbreitete ebenfalls konkrete Vorschläge zur **Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes** (StUG). Sie setzt sich für eine **Erweiterung der Rechte von Angehörigen Verstorbener** zur Akteneinsicht ein (§ 15 StUG). So soll mit der Akteneinsicht auch geklärt werden können, inwieweit verstorbene Angehörige in das System der SED-Diktatur verstrickt waren und inwieweit verstorbene Angehörige Einfluss auf das persönliche Schicksal des Antragstellers genommen haben. Akteneinsicht zu Verstorbenen soll auch zum Zweck der Familienforschung möglich sein.

Die **Überprüfungsmöglichkeiten** (§§ 20, 21 StUG) sollen auf Personengruppen ausgeweitet werden, die aufgrund ihrer Funktion besondere Eingriffsmöglichkeiten in die Rechte der Bürger haben. Insbesondere bei Beförderungen in Leitungspositionen im öffentlichen Dienst sollte die Frage der früheren Stasi-Mitarbeit wieder aufgeworfen werden können.

Zeitlich sollte die Möglichkeit der Überprüfung bis mindestens 2021 verlängert werden. Die Konferenz wünscht sich eine **Entfristung**, die de facto einer Befristung bis 2039 entsprechen würde.

Bei der Verwendung von Stasi-Unterlagen für die **politische und historische Aufarbeitung** (§ 32) sollten die Landesbeauftragten ins Gesetz mit aufgenommen werden.

Die Konferenz schlägt eine **Angleichung der Zugangsrechte an das Archivrecht** des Bundes und der Länder vor.

Die Konferenz bereitete den **Bundeskongress** der Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen vom 16. bis 18. April in Neustrelitz vor.

Daneben veranstaltete die Konferenz am 19. April 2010 in Berlin die **Fachtagung „50 Jahre Zwangskollektivierung der Landwirtschaft in Ostdeutschland**. Die Folgen der kommunistischen Agrarpolitik als eine aktuelle Herausforderung.“ Die Ergebnisse wurden im Tagungsband „Klassenkampf gegen die Bauern. Die Zwangskollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft und ihre Folgen bis heute“ publiziert.

Mit großem Interesse wurde auch der am 17. November 2010 von der Konferenz in Erfurt ausgerichtete Kongress „zu bedingungsloser Unterwerfung unter die staatliche Autorität gezwungen“ **DDR-Kinderheime** und ihre Folgen für die Kinder und Jugendlichen“ aufgenommen.

Die vom Berliner Landesbeauftragten im Auftrag der Konferenz durchgeführten Fortbildungsveranstaltungen für Berater fanden auch 2010 regelmäßig statt.

Im Rahmen der zwischen dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur M-V und der Behörde der **Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen** 2009 vereinbarten Zusammenarbeit in der politisch-historischen Bildung konstituierte sich eine Arbeitsgruppe, an der sich die Landesbeauftragte beteiligt. Die Arbeitsgruppe veranstaltete den Sozialkundelehrertag am 9. November 2010 in der Fachhochschule Güstrow mit dem Schwerpunkt „Die heile Welt der Diktatur? Herrschaft und Alltag in der DDR“.

Die Zusammenarbeit mit den **Außenstellen Neubrandenburg, Rostock und Schwerin der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen** erstreckte sich im Berichtszeitraum vorrangig auf das Gebiet der Bürgerberatung. Fragen der Akteneinsicht bei Betroffenen und komplizierte Rehabilitierungsverfahren wurden erörtert. Mit den Außenstellen wurden im Berichtszeitraum gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt. Die Landesbeauftragte beteiligte sich beispielsweise am Tag der offenen Tür der Außenstelle Schwerin und an einer Filmvorführung der Außenstelle Neubrandenburg.

Zwischen dem gewählten **Beiratsmitglied der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen des Landes Mecklenburg-Vorpommern** Jörn Mothes und der Landesbeauftragten wurde die Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes erörtert.

Mit der **Bundesstiftung Aufarbeitung** besteht eine kontinuierliche Zusammenarbeit. Im Rahmen ihrer Beratungsoffensive stellte die Stiftung auch für 2010 zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung. Unter anderem konnte dadurch die Beratung durch freie Mitarbeiter verstärkt werden. Die Stiftung beteiligte sich ebenfalls an der Finanzierung des Bundeskongresses und weiterer Tagungen der Konferenz der Landesbeauftragten.

Die Landesbeauftragte für M-V ist weiterhin Mitglied im **Fachbeirat Gesellschaftliche Aufarbeitung/Opfer und Gedenken** der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der sich 2010 neu konstituierte. Das Gremium tagte 2010 zweimal. Themen waren ein Rückblick auf die Arbeit der Stiftung, die Schwerpunkte der Bildungsarbeit der Stiftung, neue Vorhaben, die Einbindung des Beirats in die Entscheidungen zur Projektförderung, die Initiative der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) für ein Denkmal für die Opfer politischer Verfolgung in Berlin.

In bewährter Zusammenarbeit mit der **Landeszentrale für politische Bildung M-V** wurden auch 2010 zahlreiche gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt wie die Reihe Jour fixe mit Gästen zu aktuellen politischen Fragen (siehe Tabelle 6). Daneben beteiligten sich beide Behörden in enger Abstimmung an verschiedenen Projekten. Wichtigstes gemeinsames Projekt war auch 2010 der Bildungsbus „Demokratie auf Achse“ (siehe unter 4.). Kooperiert wurde zu Fragen der Gedenkstättenarbeit mit verschiedenen Veranstaltungen und im Rahmen des Runden Tisches „Gedenkstättenarbeit in M-V“. Am von der Landeszentrale M-V am historischen Ort der ehemaligen Stasi-Haftanstalt Demmlerplatz in Schwerin ausgerichteten 54. Bundesgedenkstättenseminar beteiligte sich die Behörde mit einem Referat zur Beratungsarbeit der Landesbeauftragten für politische Häftlinge.

Angesprochen werden soll an dieser Stelle wiederum der nach wie vor nicht endgültig geklärte Status des **Dokumentationszentrums Rostock**, welches sich in Trägerschaft des Landes befindet, jedoch von den Mitarbeitern der Außenstelle Rostock der Bundesbeauftragten betrieben wird. Dazu sollte eine Vereinbarung zwischen Land und Bund getroffen werden.

Der **Beirat** für die Dokumentationszentren des Landes in Schwerin und Rostock ist auch 2010 zu einer Sitzung zusammengekommen und befasste sich mit Planungen zur Rostocker Einrichtung.

Mit dem Verein „**Politische Memoriale e. V.**“ wurde auch 2010 vertrauensvoll zusammengearbeitet, so auch zum Häftlingstreffen in Bützow, dem wichtigsten Forum für ehemalige politische Häftlinge und Zeitzeugen im Land. Der Verein koordiniert die Gedenkstättenarbeit des Landes. Mitarbeiter von Aufarbeitungsinitiativen und Gedenkstätten beraten zweimal jährlich im Rahmen des Runden Tisches „Gedenkstättenarbeit in Mecklenburg-Vorpommern“ über methodische und inhaltliche Probleme in der Auseinandersetzung mit den Diktaturen des 20. Jahrhunderts.

Gefördert wurde von der Landesbeauftragten ein Workshop zur Dokumentation von Zeitzeugenberichten. Es wurden die bisherige Dokumentation von Zeitzeugenerinnerungen bilanziert, ausgewählte Projekte vorgestellt und auf ihre methodischen Ansätze und verwendeten Techniken untersucht.

Die Landesbeauftragte bot auch im Berichtszeitraum den Vertretern der **Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen** eine Räumlichkeit für ihre regelmäßigen Sitzungen. Dabei berichteten die Vertreter über ihre Verbandsarbeit, über aktuelle Projekte und diskutierten politische Entwicklungen wie die Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes, der Rehabilitierungsgesetze, des Landesbeamten- und Kommunalwahlgesetzes sowie die Wahl des Bundespräsidenten und der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in Brandenburg. Die Landesbeauftragte informierte über ihre Arbeit, über Veröffentlichungen und Veranstaltungen und über die Vorbereitung und Auswertung des Bundeskongresses vom 16. bis 18. April in Neustrelitz.

14 Vertreter der Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen aus Mecklenburg-Vorpommern nahmen am 14. Bundesweiten Kongress der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im April 2010 in Neustrelitz teil.

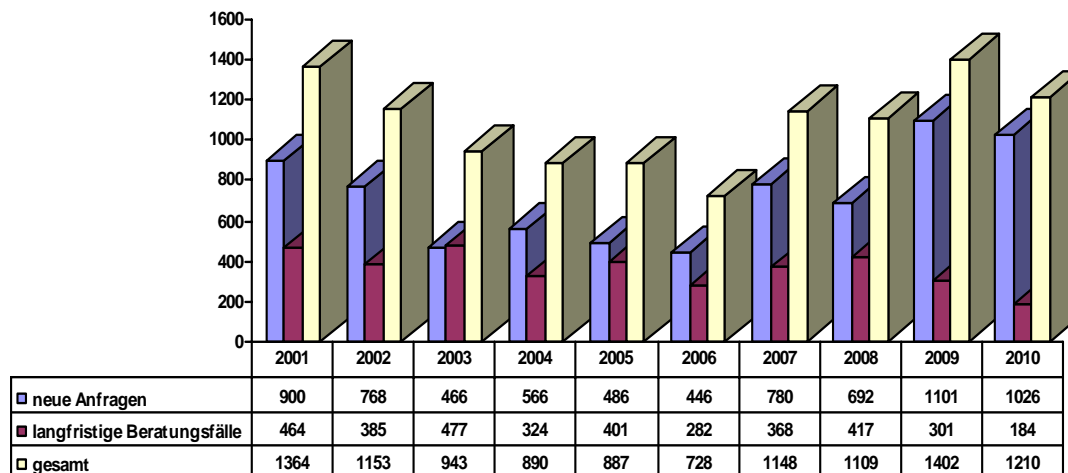
Die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes nahm an zahlreichen Veranstaltungen und Tagungen der Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen als Rednerin oder als Gast teil, z.B. auf den Jahrestreffen in Fünfeichen und Sachsenhausen.

Als Mitglied der „**Arbeitsgruppe Haftanstalt Töpferstraße**“ setzt sich die Landesbeauftragte dafür ein, dass die ehemalige Untersuchungshaftanstalt des MfS in der Töpferstraße in Neustrelitz als Gedenkort gesichert wird. Langfristig ist dafür die Gründung eines Vereins vorgesehen. Im Februar 2010 fand eine Begehung des Hafthauses mit dem Betrieb für Bau und Liegenschaften M-V statt, bei der Vorstellungen und Wünsche für den Erhalt als Erinnerungsstätte erörtert wurden. Bei den Tagungen der Arbeitsgruppe unter Leitung des Landtagsabgeordneten Dr. Michael Körner ging es um Vorarbeiten und Konzepte für die Sanierung und spätere Nutzung der ehemaligen Haftanstalt, eine mögliche Beteiligung am Tag des Offenen Denkmals sowie die Erarbeitung eines Modells der Anlage der ehemaligen Bezirksverwaltung der Staatssicherheit, die sich auf dem Gelände befand. Weiterhin beraten wurde die Erstellung eines Informationsmaterials in Form eines Flyers sowie über Schülerprojekte im Zusammenhang mit dem historischen Ort.



## 6. Anhang

**Grafik 1: Beratung bei der Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR 2001 bis 2010**



**Tabelle 1: Antragszahlen in den Außenstellen der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2010 (nachrichtlich, ohne Anträge auf Decknamenentschlüsselung und Kopien)**

Außenstelle	Erstanträge	Wiederholungsanträge	Anträge gesamt
Schwerin	2.328	791	3.119
Rostock	2.193	946	3.139
Neubrandenburg	1.086	497	1.583

**Tabelle 2: Anträge an die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge und gewährte Unterstützungsleistungen nach Vorlage einer Bescheinigung nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz**

Jahr	Bund		Mecklenburg-Vorpommern	
	bewilligte Anträge	bewilligte Summe	bewilligte Anträge	bewilligte Summe
2010	3.582	7.384.400,00 €	378	776.550,00 €
2009	3.414	7.307.850,00 €	369	763.650,00 €
2008	4.560	9.187.400,00 €	313	606.800,00 €
2007	5.883	11.612.700,00 €	426	854.150,00 €
2006	6.347	11.779.950,00 €	416	809.250,00 €
2005	5.513	10.167.500,00 €	395	840.050,00 €
2004	5.352	10.496.900,00 €	352	777.400,00 €
2003	5.617	11.652.350,00 €	369	842.150,00 €
2002	5.271	13.172.514,50 €	359	974.450,00 €
2001	4.001	19.996.206,00 DM	222	1.222.100,00 DM
2000	3.307	17.342.500,00 DM	202	1.170.400,00 DM
1999	2.316	11.000.000,00 DM	94	453.200,00 DM

**Tabelle 3: Anträge an die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge und gewährte Unterstützungsleistungen nach Vorlage einer Bescheinigung nach dem Häftlingshilfegesetz (HHG)\***

Jahr	Bund	
	bewilligte Anträge	bewilligte Summe
2010	3.980	2.498.050,00 €
2009	2.522	2.650.000,00 €
2008	1.562	1.699.150,00 €
2007	1.264	1.249.700,00 €
2006	1.571	1.500.950,00 €
2005	1.711	1.978.600,00 €
2004	1.765	3.650.050,00 €
2003	1.513	2.544.300,00 €
2002	1.557	3.153.700,00 €
2001	945	2.999.700,00 DM
2000	514	1.499.900,00 DM
1999	428	835.900,00 DM

\* Keine Aufschlüsselung nach Ländern verfügbar.

**Tabelle 4: Ausstellung „Aufbruch im Norden. Die friedliche Revolution in Mecklenburg und Vorpommern 1989/90“**

<b>Ausstellungstermine</b>	<b>Orte, Institutionen</b>
05.01.-07.02.2010	Amtsbergturm in der Stadt Wittenburg
08.02.-28.02.2010	Rathaus Neubrandenburg
01.03.-15.03.2010	Europa-Akademie Waren
16.03.-25.03.2010	Kyffhäuser-Gymnasium Barth
26.03.-14.04.2010	Europa-Akademie Waren
15.04.-30.04.2010	Gymnasium Carolinum Neustrelitz
03.05.-31.05.2010	Ev.-Luth. Kirchgemeinde St. Johannis Neubrandenburg
01.06.-11.07.2010	Usedom/Golm
12.07.-12.08.2010	BiLSE-Institut Güstrow (JVA Stralsund, Waldeck, Bützow)
13.08.-13.09.2010	Stadt Ribnitz-Damgarten
14.09.-30.09.2010	Europa-Schule Teterow
01.10.-03.10.2010	Bremen (Tag der Deutschen Einheit)
04.10.-25.10.2010	„Kinofreunde Sabel e.V.“, Dolgen am See
25.10.-12.11.2010	Berufliche Schule Gesundheit Schwerin

**Tabelle 5: Plakatausstellung „Heile Welt der Diktatur? Herrschaft und Alltag in der DDR“**

<b>Ausstellungstermine</b>	<b>Orte, Institutionen</b>
01.10.-26.11.2010	Schwerin, Bildungsministerium

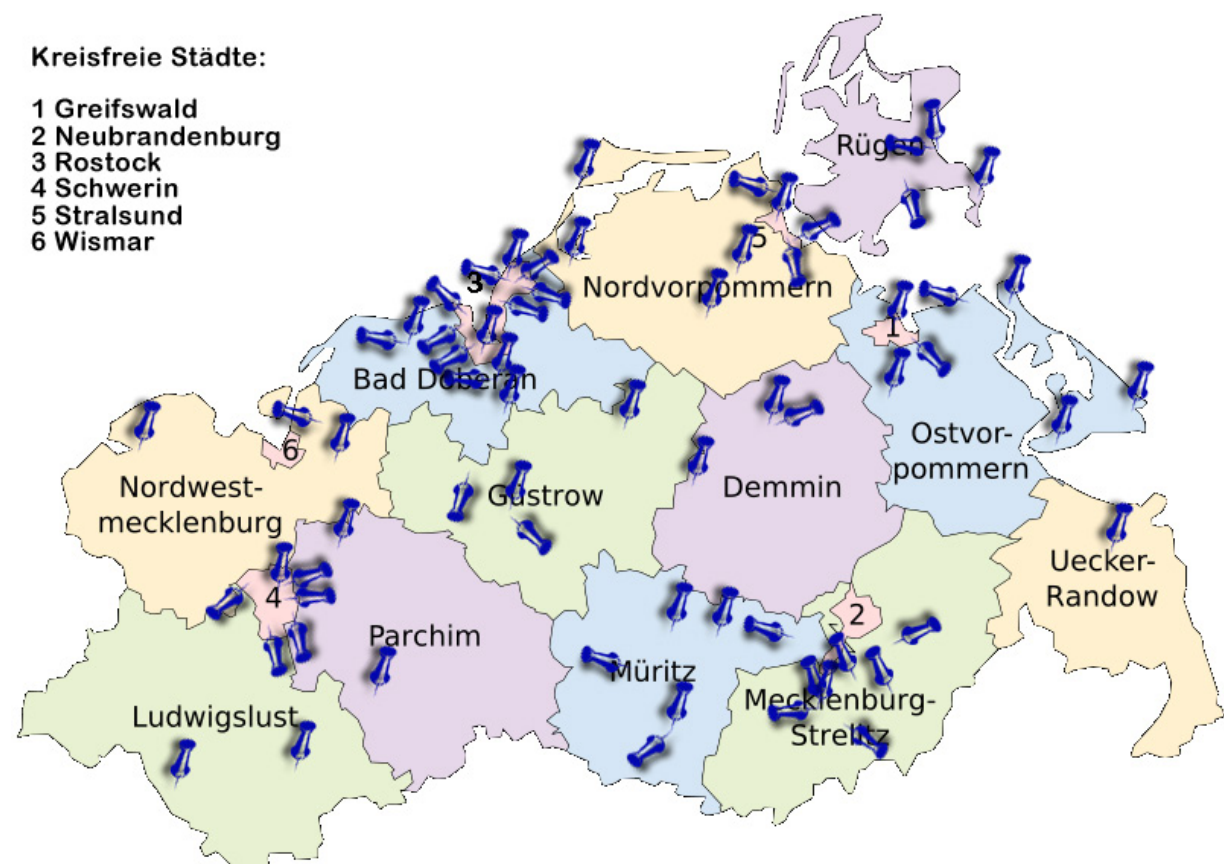
**Tabelle 6: Veranstaltungen**

Datum	Ort	Kooperationspartner	Art der Veranstaltung	Titel, Thema
09.02.10	Neubrandenburg	Landeszentrale für politische Bildung M-V	Ausstellungseröffnung	„Aufbruch im Norden. Die friedliche Revolution in Mecklenburg und Vorpommern 1989/90“
12.03.- 13.03.10	Schwerin	Landeszentrale für politische Bildung M-V Politische Memoriale e.V.	Workshop	Die Dokumentation von Zeitzeugenberichten in Mecklenburg-Vorpommern: Methoden, Ziele, Forschungsergebnisse
19.03.10	Glaisin	Mecklenburg - America - Australia. Genealogische Gesellschaft e.V. Glaisin	Vortrag und Gespräch	Marita Pagels-Heineking: „Die Stasi und die Grenze.“ Fluchten aus der DDR und ihre Folgen.
16.04.- 18.04.10	Neustrelitz	Konferenz der Landesbeauftragten Bundesstiftung Aufarbeitung	Bundeskongress	„20 Jahre Deutsche Einheit - Diktaturfolgen als bleibende Herausforderung“
19.04.10	Berlin	Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V., Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Konferenz der Landesbeauftragten	Fachtagung	50 Jahre Zwangskollektivierung der Landwirtschaft in Ostdeutschland. Die Folgen der kommunistischen Agrarpolitik als eine aktuelle Herausforderung
20.04.10	Schwerin	Landeszentrale für politische Bildung M-V	„Jour fixe“ Vortrag und Diskussion	Jörn Mothes „Erinnerungspolitik auf Taiwan - Das Beispiel Jing Mei Human Rights Memorial & Cultural Park“
17.06.10	Stralsund	Kreisdiakonisches Werk Stralsund e.V.	Gedenkveranstaltung	Vergeben? Ja - Vergessen? Nie! Gedenkveranstaltung 2010 zum 17. Juni 1953
17.06.10	Stralsund	Kreisdiakonisches Werk Stralsund e.V. Kulturkirche St. Jakobi	Vortrag und Ausstellungseröffnung	Dr. Ilko-Sascha Kowalczyk „17. Juni 1953 - Volksaufstand in der DDR“ Ausstellung „17. Juni 1953 - Eine Ausstellung zu den Ereignissen in Mecklenburg und Vorpommern“
26.06.10	Schwerin	Helios Klinik Schwerin	Symposium	Ist die Wiedervereinigung mit bleibendem Stolz und Selbstbewusstsein verbunden? - Versuch einer Standortbestimmung
28.06.10	Schwerin	Mecklenburgisches Staatstheater Schwerin Landeszentrale für politische Bildung M-V	Dokumentarstück	Staats-Sicherheiten. 15 Schicksale aus dem Gefängnis.
09.07.- 10.07.10	Görslow	BStU, Außenstelle Schwerin	Tag der offenen Tür	„Verlorene Jahre“ Heimerziehung, Jugendwerkhöfe und der Einfluss des MfS
14.08.- 15.08.10	Schwerin	„Demokratie auf Achse“	Beratung und Gespräch	Mecklenburg-Vorpommern-Tag 2010
26.08.10	Schwerin	Domgemeinde Landeszentrale für politische Bildung M-V	Buchpräsentation	23. Oktober 2009 - 20 Jahre Aufbruch 1989. Eine Broschüre zu den „Tagen der Erinnerung“ in Schwerin
11.09.10	Trebbow	Denkstätte Teehaus Trebbow Landeszentrale für politische Bildung M-V Heinrich Böll Stiftung	Tagung	„Teehausgespräche“ „Die oben konnten nicht mehr und wir wollten nicht mehr“ Jugendengagement und Jugendopposition in den Nordbezirken der DDR während der 80er Jahre

Datum	Ort	Kooperationspartner	Art der Veranstaltung	Titel, Thema
17.09.10	Schwerin	Bundeszentrale für politische Bildung Landeszentrale für politische Bildung M-V Politische Memoriale e.V.	Tagung	54. Bundesgedenkstättenseminar „Zeitgeschichte und Erinnerung im Wandel. Perspektiven der Erinnerungskulturen 20 Jahre nach der deutschen Einheit“
26.09.- 28.09.10	Bützow	Friedrich-Ebert-Stiftung Politische Memoriale e.V. Landeszentrale für politische Bildung M-V Stadt Bützow	Tagung	VIII. Häftlingstreffen in Bützow. Zeugen und Zeugnisse des Unrechts in der DDR.
01.10.- 03.10.10	Bremen	„Demokratie auf Achse“	Beratung und Gespräch Ausstellung	Zentrale Feier zum Tag der Deutschen Einheit.
09.10.10	Güstrow	KMG Klinikum Güstrow	Tagung	4. Güstrower Herbstgespräche „Psychiatrie in der DDR“
12.10.10	Demmin	Volkshochschulverband M-V	Vortrag und Podiumsdiskussion	Dr. Christian Sachse Jugendhilfeeinrichtungen der DDR.
21.10.10	Neubrandenburg	BStU, Außenstelle Neubrandenburg	Film und Gespräch	„Gesicht zur Wand“
26.10.10	Schwerin	Berufliche Schule Gesundheit Landeszentrale für politische Bildung M-V	Ausstellungseröffnung	„Aufbruch im Norden. Die friedliche Revolution in Mecklenburg und Vorpommern 1989/90“
02.11.10	Güstrow	Institut für Qualitätsentwicklung Bundesstiftung Aufarbeitung BStU Bundeszentrale für politische Bildung Landeszentrale für politische Bildung M-V	Fachtagung	Sozialkundelehrertag 2010. Schwerpunkt: Die heile Welt der Diktatur? Herrschaft und Alltag in der DDR.
17.11.10	Erfurt	Konferenz der Landesbeauftragten	Kongress	„zu bedingungsloser Unterwerfung unter die staatliche Autorität gezwungen“ DDR-Kinderheime und ihre Folgen für die Kinder und Jugendlichen.
24.11.10	Anklam	BStU, Außenstelle Neubrandenburg Freiheit e.V.	Ausstellungseröffnung	Von Liebe und Zorn. Jungsein in einer Diktatur.
09.12.10	Schwerin	Landeszentrale für politische Bildung M-V Politische Memoriale e.V.	Lesung und Podiumsdiskussion	Aufrecht im Gegenwind - Kinder von 89ern erinnern sich.

**Tabelle 7: Das Projekt „Demokratie auf Achse“ in Zahlen**

	2008	2009	2010	insgesamt
Besuchte Schulen	34	44	41	128
Besuchte öffentliche Plätze	32	43	41	116
Erreichte Schüler	2.300	3.100	2900	8.300
Erreichte Bürger	1.200	1.900	1.800	4.900
Gefahrene Kilometer	7.000	20.000	15.000	42.000
Gestellte Anträge auf Stasiakteneinsicht	350	600	400	1.350

**Grafik 2: Besuchte Stationen 2010**

Quelle: Eigene Darstellung.

**Tabelle 8: Projektstage an Bildungseinrichtungen**

<b>Datum</b>	<b>Ort</b>	<b>Institution</b>	<b>Art der Veranstaltung</b>
21.01.2010	Waldeck	JVA - Offener Vollzug	„Rock und Punk in der DDR“
26.01.2010	Neustrelitz	Carolinum Gymnasium	Planspiel „Akronia“
05.03.2010	Putbus	IT-Collage	Planspiel „Akronia“
25.03.2010	Schwerin	Regioale Schule Banzkow	Planspiel „Akronia“
23.03.2010	Feldberg	Regionale Schule	Planspiel „Akronia“
25.03.2010	Blankensee	Regionale Schule	Planspiel „Akronia“
12.04.2010	Neustrelitz	Carolinum Gymnasium	Vorbereitung Bundeskongress
13.04.2010	Rostock	Berufsschule	Quiz Landtag
14.04.2010	Neustrelitz	Carolinum Gymnasium	Generalprobe Bundeskongress
16.04.2010	Neustrelitz	Bundeskongress LStU	Organisation
17.04.2010	Neustrelitz	Bundeskongress LStU	Präsentation „Akronia“
18.04.2010	Neustrelitz	Bundeskongress LStU	Organisation
24.04.2010	Prora	Peenewiesen	Voices' 10 Festival
27.04.2010	Neukloster	Gymnasium	„Das Leben der Anderen“
28.04.2010	Ludwigslust	SBW Aus- & Fortbildung	Jobbridge/Stasi & Wende
29.04.2010	Schwerin	SBW Aus- & Fortbildung	Jobbridge/Stasi & Wende
04.05.2010	Laage	Regionale Schule	Planspiel „Wahl“
11.05.2010	Rostock	Borwin-Gesamtschule	Planspiel „Akronia“ & „Wahl“
12.05.2010	Schwerin	Berufsschule für Gesundheit	Planspiel „Akronia“
25.05.2010	Torgelow	Berufsschule	Planspiel „Akronia“
27.05.2010	Möllenhagen	Regionale Schule	Planspiel „Akronia“
01.06.2010	Dassow	Regionale Schule	Planspiel „Akronia“
08.06.2010	Greifswald	Berufsschule	2 x Planspiel „Akronia“
09.06.2010	Greifswald	Berufsschule	2 x Planspiel „Akronia“
10.06.2010	Waren	Akteurskonferenz	Planung Proa' 10
15.06.2010	Bad Doberan	Berufsschule	Planspiel „Akronia“
16.06.2010	Bad Doberan	Berufsschule	Planspiel „Akronia“
17.06.2010	Waldeck	JVA - Geschlossener Vollzug	„Haftbedingungen in der DDR“
21.06.2010	Salem	Fachtagung	Präsentation „DAA“
22.06.2010	Salem	Fachtagung	Präsentation „DAA“
23.06.2010	Salem	Fachtagung	Präsentation „DAA“
29.06.2010	Rostock	Fachgymnasium	„Rock und Punk in der DDR“
30.06.2010	Bad Doberan	Berufsschule	Planspiel „Akronia“
01.07.2010	Rostock	Gymnasium Evershagen	Planspiel „Akronia“
02.07.2010	Rostock	Gymnasium Evershagen	Planspiel „Akronia“
06.07.2010	Berlin	BpB Kongress	Präsentation „DAA“
07.07.2010	Schwerin	Gymnasium	„Gemeindevertreterversammlung“

<b>Datum</b>	<b>Ort</b>	<b>Institution</b>	<b>Art der Veranstaltung</b>
25.08.2010	Ilow	Regionale Schule Neuburg	Planspiel „Akronia“
03.09.2010	Prora	Jugendherberge	Prora' 10 - Festival
04.09.2010	Prora	Jugendherberge	Prora' 10 - Festival
05.09.2010	Prora	Jugendherberge	Prora' 10 - Festival
08.09.2010	Tribsees	Regionale Schule	Planspiel „Akronia“
14.09.2010	Stralsund	JVA - Offener Vollzug	„Haftbedingungen in der DDR“
22.09.2010	Rostock	Lichtenhagen	Jobfactory
23.09.2010	Bützow	JVA	„Haftbedingungen in der DDR“
24.09.2010	Rostock	Berufsschule	Planspiel „Akronia“
13.10.2010	Malchow	Gesamtschule Flesensee	Planspiel „Wahlen“
03.11.2010	Demmin	Regionale Schule	Planspiel „Akronia“
04.11.2010	Demmin	Regionale Schule	Planspiel „Akronia“
09.11.2010	Röbel	Regionale Schule	Planspiel „Akronia“
15.11.2010	Spornitz	Christl. Gemeinschaftsschule	Planspiel „Akronia“
17.11.2010	Franzburg	Regionale Schule	Planspiel „Akronia“
18.11.2010	Stralsund	Sonderpäd. Förderzentrum	„Mauerfall und Grenze“
23.11.2010	Jördenstorf	Berufsschule	Planspiel „Akronia“
24.11.2010	Jördenstorf	Berufsschule	Planspiel „Akronia“
25.11.2010	Jördenstorf	Berufsschule	Planspiel „Akronia“
06.12.2010	Rostock	Berufsschule	Planspiel „Akronia“
20.12.2010	Schwerin	Landtag	Schule ohne Rassismus



**Tabelle 9: Beratung und Projektpräsentation 2010**

<b>Datum</b>	<b>Ort</b>	<b>Stellplatz/Veranstaltung</b>	<b>Art der Veranstaltung</b>
24.03.2010	Woldeck	Marktplatz	Bürgerberatung
10.05.2010	Ahlbeck	Promenade	EU-Woche/Polizeidirektion
26.05.2010	Penzlin	Marktplatz	Bürgerberatung
07.06.2010	Jarmen	Öffentlicher Platz	Bürgerberatung
24.06.2010	Demmin	Marktplatz	Beratungstag der LStU
13.07.2010	Warnemünde	Kirchplatz	Bürgerberatung
14.08.2010	Schwerin	Großer Moor	M-V-Tag 2010
15.08.2010	Schwerin	Großer Moor	M-V-Tag 2010
18.08.2010	Wustrow	Seebrücke	Sachsentour
19.08.2010	Baabe	Promenade	Sachsentour
20.08.2010	Stralsund	Hafenamt	Sachsentour
21.08.2010	Parow	Marinetechnikschule	Tag der offenen Tür
24.08.2010	Sternberg	Martplatz	Bürgerberatung
02.09.2010	Ribnitz	Marktplatz	Bürgerberatung
09.09.2010	Güstrow	Marktplatz	Beratungstag der LStU
13.09.2010	Usedom	Marktplatz	Bürgerberatung
15.09.2010	Greifswald	Marktplatz	Präventionstag
16.09.2010	Lubmin	Marktplatz	Bürgerberatung
17.09.2010	Peenemünde	HTM	Bürgerberatung
18.09.2010	Lübtheen	Dorfplatz	Lindenblütenfest
21.09.2010	Röbel	Kirchplatz	Bürgerberatung
01.10.2010	Bremen	Festmeile	Tag der Deutschen Einheit
02.10.2010	Bremen	Festmeile	Tag der Deutschen Einheit
03.10.2010	Bremen	Festmeile	Tag der Deutschen Einheit
06.10.2010	Rostock	Stadthalle	Schülermesse
08.10.2010	Rostock	Einkaufsstraße	EU Tag gegen die Todesstrafe
23.10.2010	Neustrelitz	Borwinheim	„Demokratie liest“
02.11.2010	Güstrow	Fachhochschule	Sozialkundelehrrerntag 2010